

Vor 60 Jahren begann eine große Reformperiode - Die Nationalratswahl 1966 und Josef Klaus

Franz Schausberger



Josef Klaus. Foto: Parlament Österreich

Am 6. März 1966, also vor 60 Jahren, fanden in Österreich Nationalratswahlen statt, die eine wesentliche Veränderung der innenpolitischen Situation mit sich brachten und eine wichtige Reformperiode in der über acht Jahrzehnte langen Geschichte der Zweiten Republik einläuteten.

In der ersten Phase unter dem ÖVP-Bundeskanzler Leopold Figl ging es um die Erringung der Unabhängigkeit durch den Staatsvertrag, das Bekenntnis zur Neutralität und die Beendigung der Besatzung durch die Alliierten und damit die volle Unabhängigkeit im Jahr 1955. All das war die Voraussetzung für den Wiederaufbau Österreichs und die wirtschaftliche

Entwicklung. Österreich erlebte in den 1950er Jahren unter Hauptverantwortung der ÖVP in Koalition mit der SPÖ durch den sogenannten „Raab-Kamitz-Kurs“ eine Phase des Wirtschaftswunders. Es musste der Übergang von einer stark regulierten Nachkriegswirtschaft zu einer Sozialen Marktwirtschaft mit Liberalisierung, Privatisierung, Steuersenkungen und Währungsstabilisierung geschafft werden.

Bis 1957 arbeiteten ÖVP und SPÖ in vielen Bereichen zusammen. Dann begann die Fähigkeit, ihre Gegensätze durch Kompromisse zu überwinden, zu schwinden. Mit der Ablösung Adolf Schärfs durch Bruno Pittermann begannen bei der SPÖ die taktischen und ideologischen Überlegungen zu überwiegen, es kam zu Ermüdungserscheinungen der Koalition. Dazu kam Raabs Erkrankung im August 1957. Bei den Nationalratswahlen 1959 wurde die SPÖ zwar stimmenstärkste Partei, die ÖVP blieb allerdings knapp mandatsstärkste Partei. Julius Raab wurde wieder Bundeskanzler. Anfang der 1960er Jahre war die ÖVP zunehmend mit inneren Konflikten wegen der ständig zunehmenden Kompromisse, die in der Koalition getroffen werden mussten, und dem Wandel in der Gesellschaft konfrontiert: Rasante Industrialisierung, zunehmende Urbanisierung, Abnahme der ländlichen Wählerschaft bedeuteten neue Herausforderungen für die Partei. Die personelle Erneuerung an der Spitze musste über den Umweg Alfons Gorbach (er wurde 1960 Bundesparteiobmann und 1961 Bundeskanzler) zu Josef Klaus im Jahr 1963 gegangen werden.

Schon als Landeshauptmann in Salzburg brachte Josef Klaus einen neuen Stil in die Landespolitik. Nach dem Verlust der absoluten Mehrheit bei der Landtagswahl am 9. Oktober 1949 suchte man neue, unverbrauchte Leute anstelle der „alten Garde“ um den bisherigen Landeshauptmann Josef Rehr.

Klaus genoss das Vertrauen weiter katholischer, aber auch liberaler Kreise, der „Jungen Front“, der Heimkehrer und auch anderer neu zur ÖVP gestoßenen Kreise. Nach wochenlangen internen Auseinandersetzungen, die fast zu einer Parteispaltung führten, wurde der 39-jährige politische Newcomer Josef Klaus am 1. Dezember 1949 vom Salzburger Landtag zum Landeshauptmann gewählt.

Klaus kreierte einen neuen Stil in der Landespolitik. Eine Politik der Sachlichkeit forderte er gleich in seiner Antrittsrede vor dem Salzburger Landtag, er entnahm sie einem Satz der

Kirchengeschichte, den er auch für den Staat beanspruchte: „Res publica semper reformanda est“.

Diese neue „Politik der Sachlichkeit“ untermauerte er durch Heranziehung von Experten, Gesprächsrunden mit Wissenschaftlern, Wirtschaftsgespräche im Chiemseehof (seinem Amtssitz), durch Beiräte, Durchführung von Enqueten, Auftragsforschungen und Expertengutachten. Diese Methoden können als direkte Vorläufer der von ihm initiierten „Aktion 20“ der ÖVP der sechziger Jahre angesehen werden. Als wohl erster österreichischer Politiker versuchte er eine „Versachlichung“, eine „Verwissenschaftlichung der Politik“ zu erreichen.

Er führte als Landeshauptmann Hintergrundgespräche mit ausgewählten Salzburger Journalisten ein und suchte dabei auch die Meinung politisch anders Gesinnter einzuholen. So sehr Josef Klaus der Reform und der notwendigen Modernisierung zugeneigt war, so sehr war ihm der Stellenwert der Tradition bewusst.

Trotzdem er schlecht delegieren konnte und manche Anzeichen von Messianismus an ihm sahen, wurde er von den meisten als der Hoffnungsträger für die in ganz Österreich dringend notwendigen Reformen gesehen.

Josef Klaus war ein überzeugter und glühender Föderalist. Er entwickelte dabei – wie es ihm auch in anderen Bereichen eigen war – geradezu einen missionarischen Eifer.

Ab Mitte der Fünfziger-Jahre konnte sich Klaus verstärkt um bundespolitische Angelegenheiten kümmern. Zunehmend wurde er als Vertreter der Länder zu zentralen Aufgaben der ÖVP-Bundespolitik berufen, etwa bei der Erstellung eines Aktionsprogramms für den Bundesparteitag 1960, mit dem Schwerpunkt, Österreich für Europa zu rüsten. Bei den Nationalrats- und Landtagswahlen am 10. Mai 1959 musste die ÖVP beträchtliche Stimmenverluste hinnehmen. Dies löste in der Bundes-ÖVP eine ernste und tiefgreifende Krise aus. Die Unzulänglichkeit des Parteiapparates paarte sich mit dem Verblassen der Attraktivität der Spitzenpersönlichkeiten Julius Raab und Alfred Maleta sowie mit einer ideologischen Krise der Partei.

Die von den Salzburgern und anderen Länderorganisationen so heftig geforderte Reform kam schließlich ins Rollen. Im Oktober 1959 wurde unter dem Vorsitz von Josef Klaus ein

Arbeitskreis eingerichtet, der ein Reformprogramm ausarbeitete. Beim ÖVP-Bundesparteitag am 11. und 12. Februar 1960 wurden Alfons Gorbach zum neuen Bundesparteiohmann und Hermann Withalm zum Generalsekretär gewählt.

Zunehmend wurde Josef Klaus zu Beginn der sechziger Jahre zum Hoffnungsträger der Reformgruppe in der Bundes-ÖVP. Seine in Salzburg erfolgreich praktizierte „Politik der Sachlichkeit“ sollte auch auf die Bundesebene übertragen werden und der ÖVP zu neuen Erfolgen verhelfen. Im März 1961 wurde schließlich der Reformler Josef Klaus als Finanzminister in die neue Regierung Gorbach berufen.



Nach der Nationalratswahl vom 18. November 1962, bei der die ÖVP ihren Mandatsstand von 79 auf 81 verbessern konnte und die SPÖ auf 76 Mandate fiel, schleppten sich die Regierungsverhandlungen fünf Monate dahin und endeten mit einem miserablen Ergebnis für die ÖVP. Generalsekretär Hermann Withalm weigerte sich, das Abkommen zu unterzeichnen und Klaus erkannte, dass sich die in die Jahre gekommene Große Koalition in der bestehenden Form überlebt hatte und erklärte, der kommenden Regierung nicht mehr angehören zu wollen. Damit hatten die beiden wichtigsten Exponenten des Reformkurses den inneren Bruch mit Bundesparteiohmann Gorbach vollzogen. Klaus zog sich von der Bundespolitik zurück, allerdings wurde der Ruf nach seiner Rückkehr immer lauter. Ein knappes halbes Jahr später wurde er am Klagenfurter Parteitag mit dem "Klagenfurter Manifest" am 20. September 1963 zum Bundesparteiohmann gewählt und wenige Monate später, am 24. Februar 1964 auch Bundeskanzler. Am 23. Oktober 1965 demissionierte die

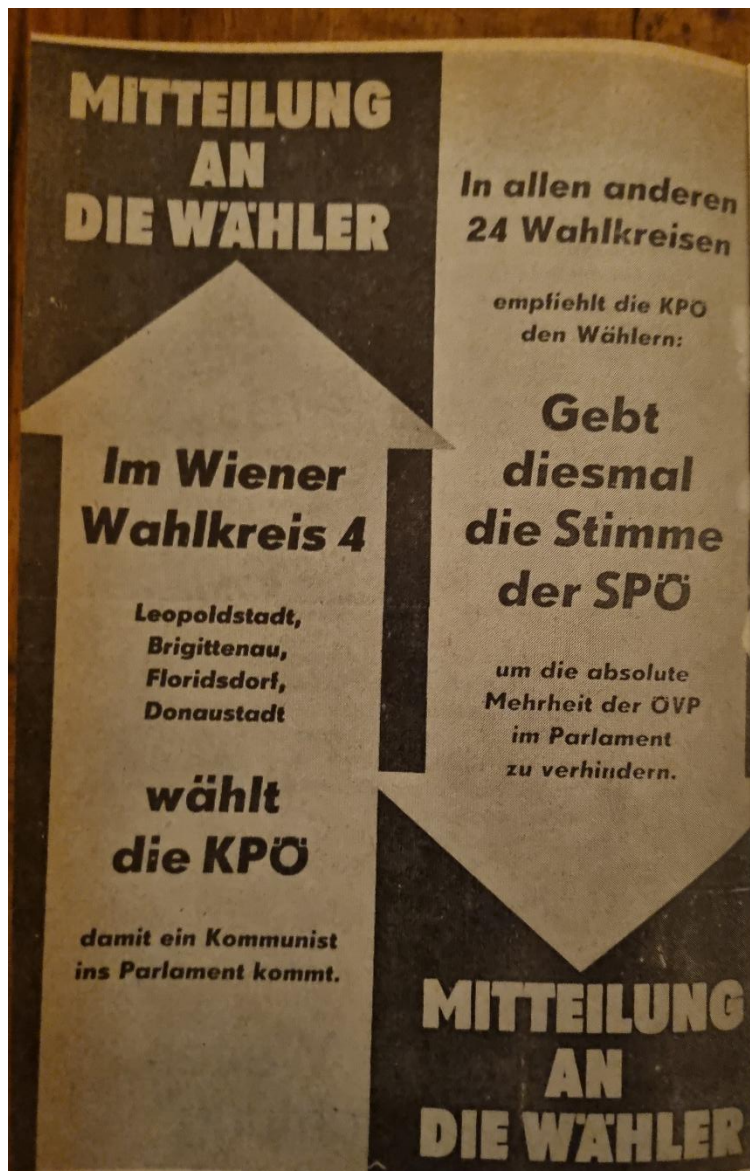
von Klaus geführte Koalitionsregierung, nachdem keine Einigung über den Haushaltsentwurf für das Jahr 1966 erzielt werden konnte.

Die nächste Nationalratswahl wäre regulär im Herbst 1966 fällig gewesen. Nachdem kein gemeinsames Budget zustande kam, wurde die Wahl auf das Frühjahr 1966 vorverlegt.

Je näher die Nationalratswahlen 1966 rückten, umso mehr politische Fehler leisteten sich die SPÖ und ihr Parteiobmann Bruno Pittermann. Aufgrund einer Finanzhilfe aus Gewerkschaftskassen an die FPÖ in der Höhe von einer Million Schilling geriet der ehemalige Innenminister Franz Olah 1964 bei der SPÖ in starke innerparteiliche Kritik. Es wird vermutet, dass Olah damit die Weichen in Richtung einer kleinen Koalition zwischen SPÖ und FPÖ stellen wollte. Olah wurde aus der SPÖ ausgeschlossen und gründete 1965 die Demokratische Fortschrittliche Partei (DFP). Diese rechtspopulistische Partei gewann vor allem auf Kosten der SPÖ Stimmen, verfehlte aber selbst die Grundmandatshürde.

Dann folgte die Fussach-Affäre um die Namensgebung eines Bodenseeschiffes durch SPÖ-Verkehrsminister Otto Probst. Das Schiff sollte auf „Karl Renner“ getauft werden, was durch Massendemonstrationen verhindert wurde. Schließlich musste die SPÖ nachgeben und das Schiff erhielt doch den Namen „Vorarlberg“.

Und schließlich gab die KPÖ (die nur mehr in Wien Nord-Ost kandidierte) eine Wahlempfehlung für die SPÖ ab. Da die SPÖ diese Unterstützung nicht ablehnte, gab sie der ÖVP die Chance, zu warnen: „Die Volksfront droht!“ Laut Karl Pisa, dem damaligen ÖVP-Pressereferenten, wurde der geringe Nutzen der wenigen KPÖ-Stimmen vom antikommunistischen Wahlreflex weit übertroffen.



Wahlempfehlung der KPÖ für die SPÖ

Hinzu kam, dass die ÖVP sich als Partei der Sachkompetenz präsentierte, die mit ihrer „Aktion 20“ führende Wissenschaftler wie Hans Tuppy und Stephan Koren dazu einlud, innovative Konzepte zu entwickeln. Damit verbunden war ein Stilwechsel in der österreichischen Politik: Im Gegensatz zur gleichermaßen autoritären wie gemütlichen Politik „beim Weinglas“, wie etwa Leopold Figl und Julius Raab sie vertreten hatten, präsentierten sich Klaus und sein Team als betont nüchtern und sachlich. Dies kam bei der Wählerschaft gut an, da man den Politikstil der Vergangenheit stark mit Korruption und Freunderlwirtschaft in Verbindung brachte.



Die Stimmung war eindeutig für die ÖVP, sie führte einen modernen und engagierten Wahlkampf. Sie präsentierte ein Zwölfpunkteprogramm und einen neuen Stil in der Wahlpropaganda. Erstmals wurde als Wahlwerbemittel eine Schallplatte eingesetzt mit dem Song „Entscheide gut, entscheide frei, entscheide für die Volkspartei!“

Die ÖVP hatte in ihrer Wahllargumentation drei Schwerpunkte:

1. Eine klare Mehrheit für die ÖVP
2. Änderung der bisherigen Form der Zusammenarbeit mit der SPÖ
3. Warnung vor der Einheitsfront SPÖ-KPÖ.



Wahlplakat der ÖVP NRW 1966



Wahlplakat der ÖVP NRW 1966

Die SPÖ war hoch nervös und aggressiv. Hier sei ein kleines persönliches Erlebnis erlaubt: 1966 war ich als 16-jähriger in der 6. Klasse des Bundesrealgymnasiums in Steyr, einer traditionellen Hochburg der SPÖ. Obwohl aus einem eher unpolitischen, christlich-katholischen Haus stammend, wurde ich von der Stimmung für Josef Klaus und seine Reformpolitik mitgerissen und besuchte natürlich die große Kundgebung des Bundeskanzlers auf dem Hauptplatz in Steyr. Plötzlich wurde ich von am Rande stehenden, offensichtlich nicht zu den Fans von Klaus zählenden, älteren Personen verbal mit der Aussage angerempelt: „Wir wollen nicht, dass ihr gewinnt, ihr habt in den dreißiger Jahren auf uns geschossen.“ Ich war völlig perplex, da ich mich nicht schuldig fühlte, jemals auf irgendjemanden geschossen zu haben und wusste auch über nichts Bescheid, da auch bei uns in der Schule, so wie in fast allen anderen damals auch, der Geschichtsunterricht spätestens mit dem Ende der Monarchie endete.

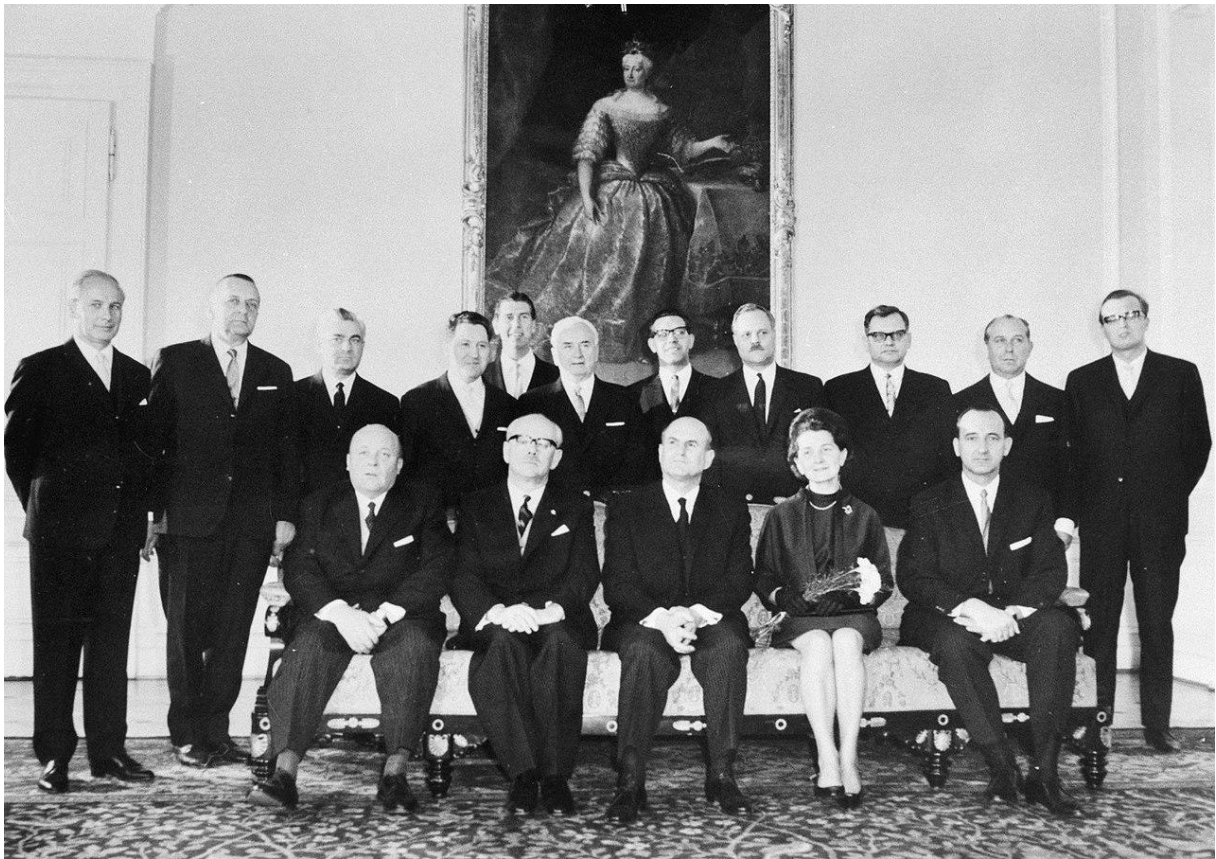
Die Nationalratswahl fand am 6. März 1966 statt und war die elfte in der Geschichte der Republik Österreich. Man erwartete starke Stimmengewinne der ÖVP, aber nicht, dass sie stimmen- und mandatsstärkste Partei würde und erstmals seit 1945 wieder eine absolute Mandatsmehrheit erringen würde. Zweitstärkste Partei wurde die SPÖ unter Bruno Pittermann, die Stimmen und Mandate verlor. Auch die FPÖ, die mit dem ehemaligen SS-Obersturmführer Friedrich Peter als Spitzenkandidaten antrat, büßte Stimmen und Mandate ein.

Ergebnis der Nationalratswahl 1966

Parteien	Stimmen	Anteil 1966	±	Mandate 1966	±
ÖVP	2.191.109	48,35%	+2,95%	85	+4
SPÖ	1.928.985	42,56%	-1,44%	74	-2
FPÖ	242.570	5,35%	-1,65%	6	-2

Das Ergebnis traf die ÖVP und ihren Kanzler unvorbereitet. Mit einer absoluten Mandatsmehrheit hatte wohl niemand gerechnet. Zuerst begann Klaus neuerlich mit der SPÖ Koalitionsverhandlungen, ihm und Hermann Withalm schwebte eine Große Koalition neuen Typs vor, mit einem freieren Spiel der Kräfte im Parlament. Dies lehnte die SPÖ ab und entschied sich für die Opposition. Erst dann bildete Klaus seine erste und bislang einzige ÖVP-Alleinregierung.

Die Bundesregierung Klaus II nahm am 19. April 1966 ihre Arbeit auf. Mit Grete Rehor übernahm erstmals in der Geschichte Österreichs eine Frau ein Ministeramt. Bei der SPÖ musste 1967 Bruno Pittermann als SPÖ-Chef Bruno Kreisky weichen. Erst nach einigen Jahren unterstützte Pittermann den neuen Parteichef, indem er als Klubobmann in das Parlament zurückkehrte.



Josef Klaus gelang es bald, die Vorbehalte gegenüber einer Alleinregierung zu beseitigen. Man hatte befürchtet, dass die unversöhnlichen politischen Gräben der Ersten Republik wieder aufgerissen würden.

Die Regierung Klaus begann ambitionierte Reformen auf der Basis der „Aktion 20“, etwa beim Budgetvollzug und in einer neuen Kooperation zwischen Wissenschaft, Kunst und Politik, Abbau von überkommenen Proporzstrukturen einzuleiten. Ein neues Rundfunkgesetz trat schon mit 1. Jänner 1967 in Kraft, womit der ORF in die Unabhängigkeit entlassen wurde, was Klaus eher schadete. Er selbst gestand in seinen Erinnerungen ein, „lähmende Scheu vor dem Interviewer, vor dem Mikrophon und der Fernsehkamera“ gehabt zu haben. Der neue ORF bot dem neuen SPÖ-Oppositionsführer Bruno Kreisky ausgezeichnete Auftrittsmöglichkeiten und trug damit auch nicht unwesentlich zu Klaus' Wahlniederlage 1970 bei.

Zu den sachpolitischen Erfolgen der Klaus-Regierung zählten die Neustrukturierung der Wohnbauförderung, ein neues Berufsförderungsgesetz, ein Arbeitsmarktförderungsgesetz, die Herabsetzung des Wahlalters von 21 auf 19 Jahre, die endgültige Beseitigung der Todesstrafe, ein modernes Forschungsförderungsgesetz, die Errichtung und der Ausbau der Universitäten

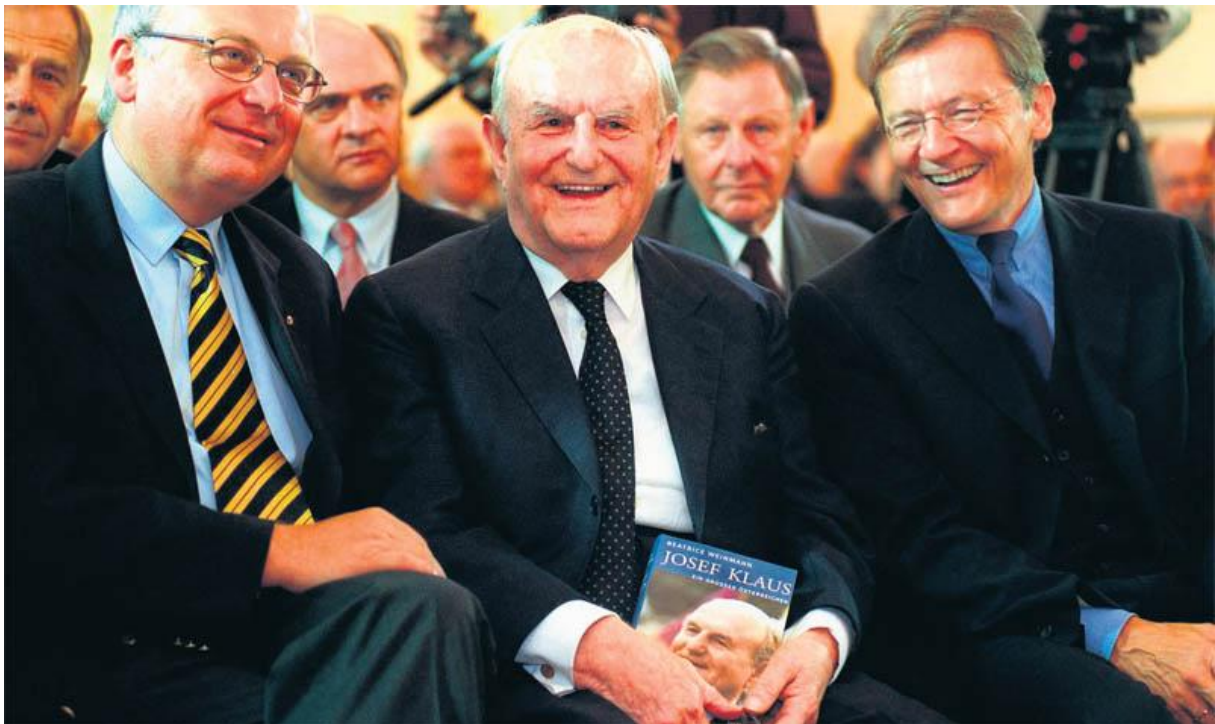
in Salzburg, Linz und Klagenfurt, die Neuorientierung der Verstaatlichten Industrie durch die Schaffung der ÖIG usw.

Von der Regierung Klaus wurde die Autonomie Südtirols mit Italien ausverhandelt, erste Schritte zur Mitgliedschaft in der EWG gesetzt, der „Koren-Plan“ zur Sanierung der Wirtschaft Österreichs umgesetzt sowie Gesetze zur Budgetreform und die Fusion der ÖMV mit den Stickstoffwerken beschlossen. Personell wurde die Regierung mit der Aufnahme von Alois Mock, Heinrich Neisser und Josef Taus verjüngt.

Letztlich gelang es Klaus jedoch nicht, seine Politik der neuen Sachlichkeit nachhaltig zu etablieren. Der anfängliche Enthusiasmus schwand im Laufe der Zeit. Europaweit zeichnete sich in der zweiten Hälfte der 1960-er Jahre eine Trendwende in Richtung links ab. Die 1960er Jahre wurden in Österreich (wie auch international) eine Zeit des sozialen Wandels, in der die junge Generation („68er Bewegung“) stärker politisch aktiv wurde und zunehmend gegen die konservativen Strukturen opponierte. Internationale Protestbewegungen erreichten auch Österreich.

Die ÖVP erschien plötzlich in der zweiten Hälfte ihrer Alleinregierungs-Periode als altmodisch, bieder und unmodern. Der Kanzler erwies sich im neuen Medienzeitalter als zu kühl, sachlich, nüchtern, redlich, korrekt, pflichtbewusst und konservativ, ein wenig steif und zu wenig charismatisch, von Sendungsbewusstsein und von politischem Messianismus geleitet. Seine positiven Seiten waren medial nicht leicht zu vermitteln, er war reformorientiert, aber nicht populistisch. Er orientierte sich an Ordnungspolitik, am Leistungsprinzip und an Eigenverantwortung. Grundsätze, die – so wichtig sie waren – sich gegenüber der großzügigen liberalen, emotional ansprechenden Verteilungspolitik Kreiskys nur schwer verkaufen ließen. Klaus konnte bei den Nationalratswahlen am 1. März 1970 nicht mehr reüssieren.

Josef Klaus war ein bis heute weit unterschätzter Reformkanzler, der ein saniertes und solides politisches Erbe an den Sozialdemokraten Bruno Kreisky übergab. Die Reformperiode von Josef Klaus leitete – wie viele Historiker meinen – die von Kreisky fortgesetzte „sozialliberale Konsensperiode“ ein, womit die Zeit von Mitte der 60-er bis Mitte der 70-er Jahre als „Ära Klaus-Kreisky“ historisch gesehen durchaus eine „Reformeinheit“ – so sehr unterschiedlich die beiden Exponenten waren – bildeten.



Buchpräsentation "Josef Klaus: Ein großer Österreicher" im August 2000 im Bundeskanzleramt in Wien (LH Franz Schausberger, Josef Klaus, Kanzler Wolfgang Schüssel), © Furche/APA, Jaeger

Literaturliste (Auswahl)

Wolfgang HUBER (Hrsg.), Landeshauptmann Klaus und der Wiederaufbau Salzburgs (Salzburg 1980)

Josef KLAUS, Macht und Ohnmacht in Österreich. Konfrontationen und Versuche. (Wien, München, Zürich 1971)

Josef KLAUS, Führung und Auftrag –Ausgewählte Reden und Aufsätze (Graz, Wien, Köln 1985).

Josef KLAUS, „Ich ging den anderen Weg“, Zeitzeugengespräche: Österreich nach 1945. In: Helmut WOHNOUT (Hrsg.), Demokratie und Geschichte. Jahrbuch des Karl von Vogelsang-Instituts zur Erforschung der Geschichte der christlichen Demokratie in Österreich. Jahrgang 3/ 1999 (Wien, Köln, Weimar 1999).

Thomas KÖHLER, Christian MERTENS (Hg.), Charaktere in Divergenz. Die Reformer Josef Klaus und Erhard Busek. (Wien 2011)

Thomas KÖHLER, Christian MERTENS (Hg.), Reform als Auftrag. Josef Klaus und Erhard Busek. Wegbereiter einer modernen Christdemokratie. (Wien 2016)

Robert KRIECHBAUMER/Franz SCHAUSBERGER (Hrsg.), Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945 (Wien, Köln, Weimar 1995)

Robert KRIECHBAUMER, Franz SCHAUSBERGER, Hubert WEINBERGER (Hg.), Die Transformation der österreichischen Gesellschaft und die Alleinregierung von Bundeskanzler Dr. Josef Klaus. (Salzburg 1995)

Robert KRIECHBAUMER (Hrsg.), Die Ära Josef Klaus. Österreich in den „kurzen“ sechziger Jahren. Band I: Dokumente (Wien, Köln, Weimar 1998)

Robert KRIECHBAUMER (Hrsg.), Die Ära Josef Klaus. Österreich in den „kurzen“ sechziger Jahren. Band 2: Aus der Sicht von Zeitgenossen und in Karikaturen von Ironimus (Wien, Köln, Weimar 1998)

Bundesparteileitung der ÖSTERREICHISCHEN VOLKSPARTEI, Die Wahl 66. (Wien 1966)

Peter PELINKA, Österreichs Kanzler. Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel (Wien 2000), Josef Klaus, der konservative Reformier.

Ludwig REICHHOLD, Geschichte der ÖVP. (Graz, Wien, Köln 1975)

Willi SAUBERER, die rote Volksfront. Eine Dokumentation anlässlich der Nationalratswahl vom 6. März 1966. Herausgegeben von der Bundesparteileitung der Österreichischen Volkspartei. (Wien 1966)

Franz SCHAUSBERGER (Hrsg.), Im Dienste Salzburgs. Zur Geschichte der Salzburger ÖVP (Salzburg 1985)

Hans SPATZENEGGER, „Nicht Macht um der Macht willen...“. Gespräch mit Dr. Josef Klaus am 13. 8. 1985 aus Anlass des 75. Geburtstages. In: Salzburg. Geschichte & Politik. Mitteilungen der Dr.-Hans-Lechner-Forschungsgesellschaft. Nr. 3/4 – 2010.

Beatrice WEINMANN. Josef Klaus. Ein großer Österreicher. Wien 2000.

Der Autor:

Dr. Franz Schausberger, Universitätsprofessor für Neuere Österreichische Geschichte, ehemaliger Landeshauptmann von Salzburg, Präsident des Karl-von-Vogelsang-Instituts.